

**Antrag der JHV der DKP Lübeck / Ostholstein  
an die Bezirksmitgliederversammlung der DKP Schleswig-Holstein  
zu den Landtags- und Bundestagswahlen**

Die Bezirksmitgliederversammlung der DKP Schleswig-Holstein möge beschliessen:

***“Die DKP Schleswig-Holstein kandidiert bei der Landtagswahl Schleswig Holstein 2017 und der Bundestagswahl 2017 mit einer jeweils eigenen Landesliste.”***

**Begründung:**

Wir erleben im Moment eine dramatische Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Kultur in unserem Land und in der Welt: Die Zahl der imperialistischen Kriege – gerade auch mit deutscher Beteiligung – wächst. Die Armut in den Ländern der südlichen Hemisphäre nimmt aufgrund der organisierten Ausbeutung seitens der reichen Zentren des Kapitals weiter zu. Millionen Menschen befinden sich vor den Folgen dieser imperialistischen Politik auf der Flucht und die reichen Industrienationen antworten hierauf mit Abschottung und Militäreinsätzen u. a. im Mittelmeer.

Ein scharfer Rechtstrend, bis hin zu offen rechtsradikalen und von Faschisten getragenen autokratischen Regimen, nimmt europaweit aber auch darüber hinaus (Ukraine, Türkei, Ungarn, etc.) zu. Auch in unserem Land werden rassistische und offen rechtsextreme Parolen und Konzepte wieder salonfähig. Ausgerechnet die, in Folge der von Deutschland mindestens unterstützten wenn nicht selbst mitgeführten Kriege, entstandene „islamistische Torgefahr“ wird dabei zum Vorwand für immer neue Ausweitungen der Militarisierung herangezogen.

Zeitgleich wächst im Inneren die Manipulation der öffentlichen Meinung und die Militarisierung der Gesellschaft wird konsequent befördert. Pläne zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren sind keine Illusion mehr.

Unserem Bundesland Schleswig-Holstein kommt dabei eine nicht unerhebliche Rolle zu. Zum einen sind in S-H nicht wenige wichtige Rüstungsunternehmen beheimatet, zum anderen werden vielfältige Militäreinsätze von hier aus koordiniert – z. B. Einsätze der Bundesmarine oder der sogn. AWACS- und Tornado-„Aufklärungsstaffeln“ oder der „Patriot-Luftabwehr“.

Gleichzeitig wächst die Armut im Land, gerade auch in S-H, wie der erste „Schuldenreport“ für Schleswig-Holstein jüngst belegte. Der Bericht zeigt „eindrucksvoll“, dass sich trotz angeblich guter Konjunktur und sinkender Arbeitslosenzahlen immer mehr Menschen in einer prekären finanziellen Situation befinden. Ein Großteil der überschuldeten Menschen lebt in Single-Haushalten. In Schleswig-Holstein liegt der Wert mit 46 Prozent deutlich höher als bundesweit bei der Gesamtbevölkerung (39 Prozent). Dabei sind alleinlebende Männer und alleinerziehende Frauen überproportional häufig überschuldet. Mehr als jeder vierte Ratsuchende ist ein alleinlebender Mann, gut 14 Prozent sind alleinerziehende Frauen. Der Anteil liegt jeweils deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Bei den alleinerziehenden Müttern ist er fast dreimal so hoch. Mieten steigen und das Leben in den größeren Städten ist kaum noch finanzierbar.

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft auch in unserem Land immer weiter auseinander. Doch die berechnete Unzufriedenheit über diese unhaltbaren Zustände wird

nicht etwa den Verursachern auf Seiten des Kapitals zur Last gelegt, sondern, mithilfe einer gigantischen Meinungsmache, auf die ärmsten der Armen – die Flüchtlinge – projiziert. Durch eine geschickte Regie der herrschenden Politik werden die Geflüchteten gezielt gegen die „einheimische“ Bevölkerung ausgespielt (Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Bildungsmisere, etc.).“

Die Liste der Missstände (auch) in S-H ließe sich fast beliebig fortsetzen.

Widerstand gegen diese Politik muss dringend entwickelt werden. Die DKP hat mit Ihrem Sofortforderungsprogramm hierzu eine gute Grundlage gelegt. Doch diese muss den Menschen bekannt gemacht werden und es gibt keinen besseren Zeitpunkt den Menschen unsere Forderungen näher zu bringen als Wahlen, denn dann ist die Aufmerksamkeit hierfür besonders hoch.

Der Illusion, dass unsere Stärke derart ist, dass wir durch eine Wahlbeteiligung siegreich in die Parlamente einziehen und dort eine neue Zeit einläuten, gibt sich niemand innerhalb der Partei hin. Die Partei ist unbestreitbar durch Austritte und Überalterung in einer schwierigen Lage. Vorherrschend und immer präsent ist der Mangel an Mitteln und an MitkämpferInnen. Nachwuchs zu finden fällt nicht nur uns schwer, aber ungleich bedeutsamer wäre es, wenn wir wie betäubt dem Aussterben entgegensehen würden, statt etwas dagegen zu tun. Gerade in dieser Situation müssen wir alle verbleibenden Kräfte mobilisieren, um unsere Analysen und Forderungen den Menschen näher zu bringen um neue MitstreiterInnen zu gewinnen!

Denn wir sind kein beliebiger Kaninchenzüchterverein, sondern die Partei, die konsequent und revolutionär für die Arbeiterklasse einsteht. Nicht weniger als das ist unser Anspruch und wir müssen alles tun was wir können um dem gerecht zu werden. Je schwächer wir sind, desto wichtiger ist es zu überlegen, in welche Tätigkeiten wir unsere Kräfte stecken!

Unabhängig von unserer Stärke lehrt uns die Geschichte: Über die Parlamente werden wir dieses System nicht in eine gerechtere Gesellschaft – den Sozialismus – verwandeln können. Wer das glaubt, macht sich Illusionen. Der Beschluss des 21. Parteitags sich an Wahlen zu beteiligen unterliegt dieser Illusion allerdings nicht. Dieser Beschluss ist vielmehr eine konsequente Schlussfolgerung aus den Problemen vor denen wir stehen und aus den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte. Mehr dazu später...

Zunächst muss gesagt werden, dass es immer schon relevant war die Situation von allen Seiten zu betrachten und unseren Kampf nach allen Seiten hin zu tragen, denn wir sind die einzige Kraft, die den Menschen die Zusammenhänge von Krieg, Ausbeutung, Armut einerseits und wachsenden Profiten und Reichtum andererseits ungeschminkt aufzeigt.

Die Behauptung, dass eine Wahlbeteiligung per se nicht angebracht sei, ist unbewiesen und folglich nicht angebracht. Die Praxis der DKP in Schleswig-Holstein der letzten Jahre/Jahrzehnte einen ausschließlichen Fokus auf außerparlamentarischer Bündnisarbeit zu legen hat uns bisher nicht schlauer, geschweige denn stärker gemacht!

Hier erscheint eine kritische Selbstanalyse angebracht und andere Kampffelder müssen wiederbelebt werden!

Die Argumentation einer Nicht-Wahlbeteiligung engt das Selbstverständnis der kommunistischen Partei, als treibende und wegweisende revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse, ein. Sie wirft uns auf ein Selbstverständnis irgendeiner weiteren

“NGO”(Non-Governmental Organization, neudeutsch für eine beliebige Organisationsform), die sich abstrakt für “die gute Sache” einsetzt.

Natürlich kann man in der Bündnisarbeit gute Ergebnisse erzielen und muss die gemeinsame Arbeit nutzen und den Partnern anhand der auftretenden Widersprüche nachweisen wie richtig unsere Position ist und wie gut unsere Theorie das System erklärt.

Aber die Arbeit auf dieses Feld begrenzen zu wollen bleibt falsch. Und der Ausspruch: “Die vorherrschende Ideologie ist die Ideologie der Herrschenden!” bleibt auch in diesem Zusammenhang wahr und wichtig. In fast jedem Bündnis ist eben nicht unsere Analyse vorherrschend.

Ebene jene in der Partei, die sich gegen einen eigenen Wahlantritt ausprechen, machen sich Sorgen um “Politikfähigkeit”? Diese Phrase, leider ohne genaueren Inhalt verwendet, klingt zunächst wichtig. Alle diejenigen, die die aktuellen Bemühungen der Partei Die Linke (PdL) um “Regierungsfähigkeit” beobachtet, kommen nicht umhin von dieser Phrase einen fauligen Geschmack im Mund zu bekommen.

Politikfähigkeit im bürgerlichen Sinne kann kein Ziel unserer Partei sein, das sind Ziele von SPD, Großteilen der PdL und anderen in den Sumpf der bürgerlichen Illusionen abgeglittenen, ehemaligen Arbeiterparteien. Wer solche Ziele in den absoluten Fokus unserer Partei stellt, muss ersteinmal eine fortwärtsweisende Bedeutung von “politikfähig” vorlegen. Die Arbeit der DKP S-H in den vergangenen Jahren belegt dies auf keinen Fall. Wollten wir uns hineindenken in das bürgerliche Verständnis des Begriffs, so müsste man entgegen: “Wie politikfähig kann denn eine Partei sein, die man gar nicht wählen kann!?”

Solche für sich genommen, irreführenden, aber als alternativlos dargestellten Auslegungen darüber wie unsere Politik “aussehen muss”, werden nun als gefährdet erachtet, weil die DKP Landtags- und Bundestags-Kandidaturen plant. Es mangelt hierbei gänzlich an Argumenten die belegen, inwiefern Bündnisarbeit konkret gefährdet sein soll. Sorgen sich die VertreterInnen dieser Position wegen des Arbeitsaufwands? Wegen der Sorge, dass wichtige Arbeiten in Bündnissen möglicherweise darunter leiden könnten?

Wer möchte, dem seien entsprechende Artikel über den aktuellen Wahlkampf der Genossinnen und Genossen in Mecklenburg-Vorpommern ans Herz gelegt. Die dortige Parteigliederung ist kaum die stärkste – sie hat de facto weniger Mitglieder als unsere in S-H und das Bundesland ist ein riesiges Flächenland. Natürlich verlangt es viel ab, aber es wird doch mit Bravour umgesetzt! Nicht nur aus den anderen Bundesländern kommt Hilfe von Genossinnen und Genossen, sondern selbst Nicht-Mitglieder helfen mit. Der Wahlkampf wird genutzt um Kontakt mit den Menschen auf der Straße zu knüpfen und erreicht damit viel mehr Menschen als nur die ewig gleichen TeilnehmerInnen in der üblichen Bündnisarbeit. Geschickt verstehen die M-V-Genossinnen und Genossen es, ihren Wahlkampf an Aktionen wie Gegendemonstrationen gegen Rechts anzuknüpfen. Dort nehmen uns dann auch Bündnispartner auf neue Weise, als eine ernst zu nehmende Alternative wahr. Und demonstrieren wir hiermit nicht eine “Politikfähigkeit” die viel mehr unserem Verständnis entspricht?

VertreterInnen der Kritik an Eigenkandidaturen sagen, dass Eigenkandidaturen der DKP „den genannten“ Punkten gegenüber kontraproduktiv, mehr noch, dass “Eigenkandidatur(en) zur Isolation führen” und dass unser „Ansehen in der übrigen Linken sinken wird“, sie sagen dies ohne diese Behauptungen mit Belegen zu unterfüttern. Die Praxis beweist doch, dass das Gegenteil der Fall ist wenn wir es richtig angehen! Wen meinen die VertreterInnen der Kritik an Eigenkandidaturen eigentlich, wenn sie

spekulieren, dass wir uns von ihnen isolieren, oder im Ansehen sinken? Grundsätzlich erleben wir in der täglichen Arbeiten Menschen und Organisationen die feststellen, dass wir ein wichtiger Verbündeter sein können. Unsere Bedeutung und Akzeptanz in der Linken wurde erst gerade auf dem Pressefest wieder anschaulich gemacht.

Wenn man aus der genannten Argumentationslinie das einzige rationale Argument herauspickt, nämlich dass sich das Verhältnis zu anderen Parteien hierdurch gegebenenfalls ändern könnte, so müsste man auch das erst einmal genauer betrachten, bevor man darüber aburteilen darf.

Die einzige bundesweit agierende Partei die hierbei zu berücksichtigen bliebe, wäre die PdL.

Nun wo beginnen? Eine realistische Einschätzung unserer wahlpolitischen Chancen vorausgesetzt, sollte man meinen können, dass die PdL sich wenig "bedroht" fühlen könnte durch eine Kandidatur der DKP.

Zum einen wegen unseres aktuellen Bekanntheitsgrads, zum anderen da auch dort vielen bekannt sein dürfte was eine Minderheit in unseren Reihen vergessen zu haben scheint: Nämlich dass wir nicht primär an Wahlen teilnehmen um dort auf "Teufel komm raus" Mandate zu erringen.

Darüber hinaus ist dies auch nicht relevant, denn wir wollen unsere Politik vertreten und wir sind von der Notwendigkeit unseres Ansatzes überzeugt. Die PdL würde sich die Frage, ob sie mit einer Eigenkandidatur mögliche Bündnispartner wie z. B. die SPD „verschreckt“ niemals stellen, da sie ihren Schwerpunkt klar über Eigenkandidaturen definiert.

Aber wir brauchen dazu auch nicht den moralischen Rückhalt einer Partei die den Existenz eines Klassengegensatzes, sowie die Notwendigkeit revolutionären Handelns mehrheitlich verneint und aktuell erkennbar alles tut um als „regierungsfähig“ zu gelten. Sie beweist in all ihren Regierungsbeteiligungen wie schnell sie richtige Inhalte hierfür über Bord zu werfen bereit ist.

Gerade die PdL in S-H zeichnet sich in den vergangenen Jahren durch beständige Machtkämpfe um die „Brotkrumen der Futtertröge der Macht“ aus. Eine wirkliche politische Linie ist dabei gern Spielball der jeweils Agierenden. Sie schaffte es sogar in der Vergangenheit gänzlich ohne Wahlprogramm in einen Landtagswahlkampf zu gehen. Dies ist wichtig zu verstehen, denn es hat schlussendlich nichts damit zu tun, ob man gemeinsam Aktionen macht oder nicht. Schließlich gehen wir, wenn notwendig, auch mit Kriegsparteien gegen den Krieg oder Faschisten auf die Straße.

Die Teilnahme an der Bundestagswahl ist ein Beschluss des 21. Parteitags. Ein Beschluss, gefasst mit einer überwältigenden Mehrheit der Delegierten! Die Diskussion hierüber wurde parteiöffentlich geführt, genauso wie sämtliche Anträge. Die Diskussionen haben stattgefunden und es gab genügend Zeit dazu. Wer es nun so darstellt als käme dieser Beschluss überraschend und es hätte an Diskussion und Auseinandersetzung hierzu gemangelt, der behauptet wissentlich die Unwahrheit.

Um es auf den Punkt zu bringen, der mehrheitlich demokratisch gefasste Beschluss des 21. Parteitags verfolgt einen ganz klaren Plan: Wir müssen mehr Menschen mit unseren Inhalten erreichen, brauchen mehr Mitglieder, müssen an Bedeutung gewinnen, brauchen Nachwuchs!

Es ist gerade ein Ergebnis der Ausrichtung der vergangenen Jahre, dass die bisherigen Berührungspunkte der Partei vor allem und fast ausschließlich mit Bündnispartnern existieren. Dies hat die Partei in die heutige Situation geführt!

Es gibt keine besorgniserregenden Gründe, weshalb wir nicht kandidieren sollten. Wir müssen uns vielmehr weitere Kampffelder zurücker schließen, sonst haben wir keine Zukunft. Wir brauchen neue und mehr direkte Berührungspunkte mit den Menschen und müssen uns diesen als eine wirkliche Alternative präsentieren.

Auch eine Linkspartei ist heutzutage viel zu sehr systemkonform und ist frei von einem revolutionären Anspruch. Glaubhafte Antworten auf die Sorgen der Menschen gibt sie daher nur bedingt. Sie verliert sich wie viele Linke in der moralischen Verurteilung und Tabuisierung vieler Sorgen der Menschen in diesem Lande. Die Quittung sind über 20% für die sogenannte „AfD“. Dem müssen wir etwas entgegensetzen, müssen der PdL Druck von Links machen! Nur so können wir sie auch für die richtigen Fragen und damit Bündnisarbeit sensibilisieren!

Schließlich gibt es genügend gute Gründe warum wir uns entschlossen haben als eigenständige Partei neben ihr weiter zu existieren, dies gilt auch für Wahlkampfzeiten. Die Zeit ist wieder mehr als reif für kommunistische Politik. Seien wir Realisten und wagen wir das Unmögliche – Gemeinsam!

*Einstimmig beschlossen auf der  
Jahreshauptversammlung der DKP Lübeck / Ostholstein am 12. August 2016*